

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/038(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 07.10.2021	Ratssaal	14:00Uhr	20:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 37. (VII) Sitzung vom 09.09.21 - öffentlicher Teil
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters DS0457/21
BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Neubau einer 3-Feld-Sporthalle am Standort Lorenzweg in 39128 DS0392/21
Magdeburg - Erhöhung des Kostenrahmens
BE: Oberbürgermeister

5.3	STARK III plus EFRE - Energetische und allgemeine Sanierung der GemS / Sek. J.-W.-v.-Goethe, Helmstedter Straße 42 in 39112 Magdeburg, Erhöhung des Kostenrahmens, Übertragung einer Verpflichtungsermächtigung BE: Oberbürgermeister	DS0346/21
5.4	Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) BE: Oberbürgermeister	DS0402/21
5.5	Zulage für Zahnärztinnen und Zahnärzte der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0331/21
5.6	Genehmigung der Annahme einer Sponsoringleistung gemäß § 99 Abs. KVG LSA BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0445/21
5.7	Genehmigung der Annahme von Spenden gemäß §§ 99 Abs. 6 KVG LSA BE: Bürgermeister	DS0408/21
5.8	Jahresabschluss 2020 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Bürgermeister	DS0397/21
5.9	Finanzierungsplan zur Betreibung des Schiffshebewerkes 2022 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0316/21
5.10	Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen / Teil B Außenanlagen BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0383/21
5.10.1	Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen / Teil B Außenanlagen Kulturausschuss	DS0383/21/1
5.10.2	Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen/ Teil B Außenanlagen Fraktion Grüne/future!	DS0383/21/2
5.10.2.1	Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen Ausschuss StBV	DS0383/21/2/1
5.10.2.1.1	Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen Fraktion DIE LINKE	DS0383/21/2/1/1
5.10.2.1.2	Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen SPD-Stadtratsfraktion	DS0383/21/2/1/2

5.11	Grundsatzbeschluss zur Absicherung der Kapazitäten an Förderschulen „Geistigbehindert“ (FÖSG) BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0248/21
5.11.1	Grundsatzbeschluss zur Absicherung der Kapazitäten an Förderschulen „Geistigbehindert“ (FÖSG) Oberbürgermeister	DS0248/21/1
5.12	Grundsatzbeschluss - Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0256/21
5.12.1	Grundsatzbeschluss - Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt Ausschuss FG	DS0256/21/1
5.13	Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0384/21
5.13.1	Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße Ausschuss BSS	DS0384/21/1
5.13.1. 1	Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße Ausschuss StBV	DS0384/21/1/1
5.13.1. 1.1	Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße SPD-Stadtratsfraktion	DS0384/21/1/1/ 1
5.13.2	Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße Interfraktionell	DS0384/21/2
5.14	Besetzung von Stellvertreter*innen aus dem Stadtrat für den Örtlichen Beirat des Jobcenters Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0429/21
5.15	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit WV v. 09.09.2021	DS0258/21
5.15.1	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Fraktion DIE FRAKTION DIE LINKE	DS0258/21/1

- | | | |
|--------------|---|---------------|
| 5.15.2 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/2 |
| 5.15.3 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/3 |
| 5.15.3.
1 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
SPD-Stadtratsfraktion | DS0258/21/3/1 |
| 5.15.4 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/4 |
| 5.15.5 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/5 |
| 5.15.6 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/6 |
| 5.15.7 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/7 |
| 5.15.8 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Jugendhilfeausschuss | DS0258/21/8 |
| 5.15.9 | Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz | DS0258/21/9 |

5.15.9. 1	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 SPD-Stadtratsfraktion	DS0258/21/9/1
5.16	Bestätigung des Rahmenplanes Sudenburger Wuhne und Einleitung der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Sudenburg West" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 09.09.2021	DS0172/21
5.16.1	Bestätigung des Rahmenplanes Sudenburger Wuhne und Einleitung der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Sudenburg West" Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	DS0172/21/1
5.17	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 09.09.2021	DS0181/21
5.18	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 09.09.2021	DS0182/21
5.18.1	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A „Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten“ CDU-Ratsfraktion	DS0182/21/1
5.18.2	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" SPD-Stadtratsfraktion	DS0182/21/2
5.19	22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Behandlung der Stellungnahmen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 09.09.2021	DS0196/21
5.20	22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Feststellungsbeschluss BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 09.09.2021	DS0197/21
5.21	Herauslösung eines Teilbereichs, Umbenennung und Satzung zum Bebauungsplan Nr. 223-2 "Klaus-Miesner-Platz/Gemeinbedarfsfläche" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 09.09.2021	DS0267/21

5.22	Aufstellung des Ausgleichsflächenbebauungsplanes Nr. 489-4 "Landschaftsraum Hochplateau Südost" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0303/21
5.22.1	Aufstellung des Ausgleichsflächenbebauungsplanes Nr. 489-4 "Landschaftsraum Hochplateau Südost" CDU-Ratsfraktion	DS0303/21/1
5.23	Ausbau Bierer Weg zwischen Leipziger Straße und Dodendorfer Straße BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0074/21
5.23.1	Ausbau Bierer Weg zwischen Leipziger Straße und Dodendorfer Straße Fraktion DIE LINKE	DS0074/21/1
5.24	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0126/21
5.25	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0127/21
5.25.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg" CDU-Ratsfraktion	DS0127/21/1
5.26	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 355-6 "Fort III" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0175/21
5.26.1	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 355-6 "Fort III" Fraktion DIE LINKE	DS0175/21/1
5.27	Grundsatzbeschluss – Buswendeschleife Westerhüsen-West BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0186/21
5.28	Einleitung und Auslegung der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Buchenweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0253/21
5.29	Einleitung und Auslegung der 38. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg „Dehmbergstraße / Eisnerstraße“ BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0305/21
5.30	Gebäudegrünkonzept BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0291/21
5.30.1	Gebäudegrünkonzept CDU-Ratsfraktion	DS0291/21/1

5.31	Grundsatzbeschluss Grundhafter Ausbau der Jerichower Straße, B1 - Fahrbahn stadtauswärts 2022 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0300/21
5.32	Grundsatzbeschluss zum regelkonformen Umbau des Fahrzeugrückhaltesystems (FRS) auf der Magdeburger Ringbrücke über die Halberstädter Straße; Teilbauwerk West, Fahrtrichtung Süden BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0394/21
5.33	Grundsatzbeschluss Herstellung Radfahrerschutzstreifen und Bushaltestellen in der Ernst-Lehmann-Straße in Magdeburg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0348/21
5.34	Beantragung von Städtebaufördermittel im Programmjahr 2022 (Haushaltsjahre 2022 - 2026) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0325/21
5.34.1	Beantragung von Städtebaufördermittel im Programmjahr 2022 (Haushaltsjahre 2022 - 2026) Oberbürgermeister	DS0325/21/1
5.34.2	Beantragung von Städtebaufördermittel im Programmjahr 2022 (Haushaltsjahre 2022 - 2026) Fraktion DIE LINKE	DS0325/21/2
5.35	Straßenbenennung Rose- Austerlitz- Ring BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0355/21
5.36	Straßenbenennung "Lange Trift" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0378/21
5.37	Straßenbenennung „Bienenweide“ BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0396/21
5.38	Teilnahme der Landeshauptstadt Magdeburg an dem Förderprogramm LEADER/ CLLD BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0373/21
5.39	Beschluss der Variante 1 und Finanzierung der Baumaßnahme Ausbau Straße Am Polderdeich - BA 1 und BA 2 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0389/21
5.39.1	Beschluss der Variante 1 und Finanzierung der Baumaßnahme Ausbau Straße Am Polderdeich - BA 1 und BA 2 Ausschuss StBV	DS0389/21/1
5.39.2	Beschluss der Variante 1 und Finanzierung der Baumaßnahme Ausbau Straße Am Polderdeich - BA 1 und BA 2 Fraktion AfD	DS0389/21/2
5.39.3	Beschluss der Variante 1 und Finanzierung der Baumaßnahme Ausbau Straße Am Polderdeich - BA 1 und BA 2 Fraktion AfD	DS0389/21/3

5.39.4	Beschluss der Variante 1 und Finanzierung der Baumaßnahme Ausbau Straße Am Polderdeich - BA 1 und BA 2 SPD-Stadtratsfraktion	DS0389/21/4
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg (ehemalige) Fraktion CDU/FDP WV. v. 16.05.2019	A0126/19
6.1.1	Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg (ehemalige) Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 16.05.2019	A0126/19/1
6.1.2	Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg	S0381/20
6.2	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes Interfraktionell WV v. 05.11.2020	A0228/20
6.2.1	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes Fraktion DIE LINKE	A0228/20/1
6.2.2	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes Ausschuss StBV	A0228/20/2
6.2.3	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0228/20/3
6.2.4	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes	S0124/21
6.3	Informationspflicht vor Baumfällungen Ausschüsse UwE und StBV WV v. 18.03.2021	A0026/21
6.3.1	Informationspflicht vor Baumfällungen SPD-Stadtratsfraktion	A0026/21/1
6.3.2	Informationspflicht vor Baumfällungen	S0179/21
6.4	Erkenntnisse nach dem Lockdown, speziell im Schul- und Kitabereich CDU-Ratsfraktion WV v. 18.03.2021	A0049/21
6.4.1	Erkenntnisse nach dem Lockdown, speziell im Schul- und Kitabereich	S0247/21

6.5	Benennung von Straßen und Plätzen Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV v. 15.04.2021	A0068/21
6.5.1	Benennung von Straßen und Plätzen	S0176/21
6.6	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV v. 15.04.2021	A0070/21
6.6.1	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Ausschuss StBV	A0070/21/1
6.6.2	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Ausschuss StBV	A0070/21/2
6.6.3	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer SPD-Stadtratsfraktion	A0070/21/3
6.6.4	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer	S0169/21
6.7	Verkehrssicherheit vor Grundschulen am Glacis erhöhen SPD-Stadtratsfraktion WV v. 15.04.2021	A0071/21
6.7.1	Verkehrssicherheit vor Grundschulen am Glacis erhöhen	S0277/21
6.8	Smart Terminals CDU-Ratsfraktion WV v. 06.05.2021	A0081/21
6.8.1	Smart Terminals Ausschuss FG	A0081/21/1
6.8.2	Smart Terminals	S0208/21
6.9	Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft Fraktion DIE LINKE WV v. 06.05.2021	A0085/21
6.9.1	Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft Ausschuss KRB	A0085/21/1
6.9.2	Ausrichtung eines stadtweiten Toiletten-Gipfels zur Erstellung eines nachhaltigen Toilettenkonzepts der Zukunft	S0296/21

6.10	SchulabrecherInnenquote senken Fraktion DIE LINKE WV v. 06.05.2021	A0096/21
6.10.1	SchulabrecherInnenquote senken SPD-Stadtratsfraktion	A0096/21/1
6.10.2	SchulabrecherInnenquote senken	S0272/21
6.11	Verkehrskonzeption Neue Neustadt Fraktion Grüne/future! und SPD-Stadtratsfraktion WV v. 06.05.2021	A0101/21
6.11.1	Verkehrskonzeption Neue Neustadt CDU-Ratsfraktion	A0101/21/1
6.11.2	Verkehrskonzeption Neue Neustadt Ausschuss StBV	A0101/21/2
6.11.3	Verkehrskonzeption Neue Neustadt	S0274/21
6.12	Neue Abfallbehälter im „Kleiner Stadtmarsch“ SPD-Stadtratsfraktion WV v. 06.05.2021	A0103/21
6.12.1	Neue Abfallbehälter im „Kleiner Stadtmarsch“	S0213/21
6.13	"Klingelfee" von Heinrich Apel Fraktion Grüne/future! WV v. 10.06.2021	A0112/21
6.13.1	„Klingelfee“ von Heinrich Apel CDU-Ratsfraktion	A0112/21/1
6.13.2	"Klingelfee" von Heinrich Apel Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0112/21/2
6.13.3	"Klingelfee" von Heinrich Apel	S0288/21
6.14	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus Kulturausschuss WV v. 10.06.2021	A0113/21
6.14.1	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus CDU-Ratsfraktion	A0113/21/1

6.14.1. 1	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus SPD-Stadtratsfraktion	A0113/21/1/1
6.14.2	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus	S0301/21
6.15	Pfälzer Straße Fraktion Grüne/future! WV v. 10.06.2021	A0114/21
6.15.1	Pfälzer Straße	S0298/21
6.16	Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV v. 10.06.2021	A0116/21
6.16.1	Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde Fraktion DIE LINKE	A0116/21/1
6.16.2	Steuerbefreiung für aus dem Tierheim erworbene Hunde	S0280/21
6.17	Nutzung von Recycling-Baustoffen für städtische Bauvorhaben CDU-Ratsfraktion WV v. 10.06.2021	A0117/21
6.17.1	Nutzung von Recycling-Baustoffen für städtische Bauvorhaben Ausschuss StBV	A0117/21/1
6.17.2	Nutzung von Recycling-Baustoffen für städtische Bauvorhaben	S0285/21
6.18	Magdeburg putzt sich im Herbst 2021 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 15.07.2021	A0142/21
6.18.1	Magdeburg putzt sich im Herbst 2021	S0334/21
6.19	Erweiterung der 30er Zone in der Zerrennerstraße Fraktionen SPD und FDP/Tierschutzpartei WV v. 15.07.2021	A0151/21
6.19.1	Erweiterung der 30er Zone in der Zerrennerstraße Ausschuss StBV	A0151/21/1
6.19.2	Erweiterung der 30er Zone in der Zerrennerstraße	S0344/21

Neuanträge

6.20	Aufnahme Gehweg „Welsleber Weg“ in die Prioritätenliste OR Beyendorf/Sohlen	A0188/21
6.21	Verbesserung der Verkehrssituation im Ortsteil Anker OR Beyendorf/Sohlen	A0189/21
6.22	Solar-Pilotprojekt Magdeburger Ring CDU-Ratsfraktion	A0190/21
6.23	"Winterdepots - Bürgerengagement bei Starkschneeereignissen besser nutzen" SPD-Stadtratsfraktion	A0191/21
6.24	Rastmöglichkeiten auf der Kanonenbahn schaffen Fraktion AfD	A0196/21
6.25	Förderung und bauliche Erweiterung der Theaterballettschule Kulturausschuss	A0199/21
6.26	Sperrungen von Straßenbahnstrecken und Buslinien nur nach Stadtratszustimmung bzw. Information Fraktion Grüne/future!	A0192/21
6.27	Energiespar-Contracting Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0202/21
6.28	Digitale Hundesteuermarke Fraktion DIE LINKE	A0193/21
6.29	Sicherheit für den Schulweg zur neuen Grundschule „Am Westring“ in der Wilhelm-Kobelt-Straße Fraktion DIE LINKE	A0194/21
6.30	Lernförderung nach BuT verstärkt nutzen Fraktion DIE LINKE	A0195/21
6.31	Klage gegen Landesverwaltungsamt zum Schüler*innenticket Fraktion Grüne/future!	A0200/21
6.31.1	Klage gegen Landesverwaltungsamt zum Schüler*innenticket Fraktion DIE LINKE	A0200/21/1
6.31.2	Klage gegen Landesverwaltungsamt zum Schüler*innenticket Fraktion GRÜNE/future!	A0200/21/2
6.32	Parkplatz Johanniskirche barrierefrei gestalten Fraktion Fraktion AfD	A0201/21

6.33	Erhöhung des GWA-Initiativfonds für das Jahr 2022 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0203/21
6.34	Konzept „Saubere Stadt“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0204/21
6.35	Hundenauslaufwiese Askanischer Platz Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0205/21
6.36	Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen SPD-Stadtratsfraktion	A0206/21
6.37	Aktuelle Bedarfsanalyse des Fraktionspersonals Fraktion AfD	A0207/21
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Umsetzung des kostenlosen Schülertickets für den ÖPNV – Kosten des Verfahrens zum Widerspruch Landeshauptstadt Magdeburg ./. Landesverwaltungsamt SR Boxhorn	F0258/21
8.2	Jubiläum „20 Jahre Eingemeindung Beyendorf-Sohlen“ SR Schwenke und SR Schumann	F0259/21
8.3	Tragfähigkeit und Einhaltung der Satzung über die Schulbezirke in Magdeburg - Einschulungsjahr 2021/22 SR Kumpf	F0260/21
8.4	Einsatz moderner LED-Leuchtmittel in Straßenlaternen SR Pasemann	F0261/21
8.5	Nachfrage Otto greift ein SR Kohl	F0263/21
8.6	Sperrung des Breiten Weges am 18.09.2021 SR Papenbreer	F0265/21
8.7	Müllproblematik in der Landeshauptstadt Magdeburg SR Hausmann	F0266/21
8.8	Parkplatz Elbebahnhof SR Canehl	F0267/21
8.9	Hinterlassenschaften von Vögeln in der Leiterstraße SR Zander	F0268/21

8.10	Bestrebungen der Landeshauptstadt Magdeburg zur Erweiterung des Stadtgebietes SR Guderjahn	F0269/21
8.11	Eingriff in die Stadtmauer bei der Umsetzung des Rahmenplans Ökumenische Höfe SR Guderjahn	F0270/21
8.12	Strafanzeige gegen die Haltung der Schimpansen im Magdeburger Zoo SR`n Fassl	F0271/21
8.13	Knöllchen von der MVGM SR Zander	F0272/21
8.14	Nachfrage zum Anbringen von Wahlwerbung in Fußgängerzonen und -bereichen SR Kohl	F0273/21
8.15	Katholische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt e.V. (KEB) SR Kirchner	F0274/21
8.16	Briefwahlbezirke in Magdeburg bei den vorangegangenen und zukünftigen Wahlen SR`n Brandt	F0275/21
8.17	Aufwendungen der Landeshauptstadt Magdeburg SR Köpp	F0276/21
8.18	Erträge der Landeshauptstadt Magdeburg SR Köpp	F0277/21
8.19	MVB, Herkunft finanzieller Mittel SR`n Fassl	F0278/21
8.20	Anfrage Europäische Mobilitätswoche SR`n Linke	F0279/21
8.21	Anfrage: Klimarelevanz SR Liebau	F0280/21
8.22	Weiterbildungsangebote für Gremienmitglieder städtischer Gesellschaften in Magdeburg SR Müller	F0281/21
8.23	Amt für Gleichstellungsfragen der Stadt Magdeburg SR Pasemann	F0282/21
8.24	(Provisorische) Barrierefreie Haltestelle an der Endstelle in Sudenburg SR Müller	F0283/21

9	Informationsvorlagen	
9.1	Einladung zur Einwohnerversammlung für den Stadtteil "Leipziger Straße"	I0214/21
9.2	Umsetzung „Masterplan 100% Klimaschutz“ für die Landeshauptstadt Magdeburg (Beschluss-Nr. 1770-050(VI)18) und „Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz“ (Beschluss-Nr276-008/VII/19)	I0094/21
9.3	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2021	I0166/21
9.4	Sachstandsbericht zur Entwicklung des Wasserstraßenkreuzes	I0139/21
9.5	Jahresbericht 2020 - Schiffshebewerk Magdeburg-Rothensee	I0148/21
9.6	Nutzung von Gartenflächen zu Zwecke des Schulgartenunterrichts	I0152/21
9.7	Würdigung von Sportler*innen und Sportereignissen	I0185/21
9.8	Die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2020	I0160/21
9.9	Verbesserung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Grundschulen	I0138/21
9.10	Fahrradstraße in Cracau einrichten - Elberadweg erhalten und verbessern	I0144/21
9.11	Reitsport im Herrenkrug/ Sicherer Reitweg im Herrenkrug	I0164/21
9.12	Lebensqualität in der Innenstadt (A0159/19, A0159/19/1)	I0165/21
9.13	Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Walbecker Platz	I0169/21
9.14	Stadtmöblierung in TAUT-scher Anmutung: Taut-Kiosk	I0171/21
9.15	Carsharing fördern - Verkehrsbelastungen reduzieren	I0180/21

9.16	Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA	I0186/21
9.17	Herausforderung Lieferverkehr	I0188/21
9.18	Entlastung für Gastronomie und Carsharing in Zeiten von Corona	I0192/21

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott eröffnet die 038.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	43	“	“
maximal anwesend	54	“	“
entschuldigt	3	“	“
unentschuldigt	-		

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott informiert, dass als Nachfolge für die Stadträtin der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Dr. Lydia Hüskens, welche ihr Mandat niedergelegt hat, vom Wahlamt festgestellt worden ist:

Frau Kathrin Meyer-Pinger, die das Mandat durch Erklärung am 17.09.2021 angenommen hat.

Im Anschluss begrüßt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott Frau Kathrin Meyer-Pinger als neues Stadratsmitglied und verpflichtet sie gemäß § 53 Abs. 2 KVG LSA durch das Nachsprechen der Verpflichtungsformel zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Amtspflichten.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott informiert im Weiteren über ein Schreiben der Fraktion FDP/Tierschutzpartei, in dem mitgeteilt wird, dass die Fraktion FDP/Tierschutzpartei auch zukünftig in einer **Doppel-Spitze** auftritt. **Burkhard Moll (Tierschutzpartei)** wurde in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender bestätigt und **Carola Schumann (FDP)** als zweite neue Fraktionsvorsitzende gewählt. **Evelin Schulz (Tierschutzpartei)** wurde darüber hinaus als **Stellvertreterin** bestätigt und **Stephan Papenbreer (FDP)** zum neuen **Stellvertreter** gewählt.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1093-038(VII)21

Stadtrat Norman Belas wird als Mitglied aus dem Beirat des Jobcenters der Landeshauptstadt Magdeburg abberufen.

Im Gegenzug benennt die SPD-Stadtratsfraktion Stadträtin Kornelia Keune als Vertreterin in das o.g. Gremium.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1094-038(VII)21

Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss Gesundheit und Soziales wird anstelle von Frau Kornelia Keune Herr Sebastian Schäfer entsandt.

Auf Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1095-038(VII)21

Stadträtin Carola Schumann wird anstelle von Dr. Lydia Hüskens in folgende Ausschüsse entsandt:

Verwaltungsausschuss

Ausschuss für kommunale Rechts- u. Bürgerangelegenheiten

Auf Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1096-038(VII)21

Stadträtin Kathrin Meyer-Pinger wird anstelle von Dr. L. Hüsken in folgende sonstige Gremien entsandt:

Wohnen und Pflegen - Aufsichtsrat
AQB-Gesellschafterversammlung
GISE-Gesellschafterversammlung
Klinikum Magdeburg – Gesellschafterversammlung
ZOO-Gesellschafterversammlung

Auf Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei wählt der Stadtrat:

Beschluss-Nr. 1097-038(VII)21

gemäß § 22 Abs. 4 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt **Stadtrat Stephan Papenbreer** anstelle von Dr. L. Hüsken als **Stellvertreter** in die

Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft

Auf Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1098-038(VII)21

Stadträtin Kathrin Meyer-Pinger wird anstelle von Stadträtin Carola Schumann in folgende Ausschüsse entsandt:

Ausschuss für Bildung, Schule u. Sport
Betriebsausschuss Kommunale Kindertageseinrichtungen Magdeburg

Auf Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1099-038(VII)21

Stadträtin Aila Fassel wird aus dem BA SAB abberufen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. zurückgezogene TOP

Die TOP 5.16 – DS0172/21,
5.17 – DS0181/21,
5.18 – DS0182/21,
5.19 – DS0196/21,
5.20 – DS0197/21 und
5.26 – DS0175/21

werden von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 6.4 – A0049/21 wird von der CDU-Ratsfraktion von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen** und soll in der Dezembersitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der TOP 6.6 – A0070/21 wird von der Fraktion FDP/Tierschutzpartei von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

2. Hinweise

Folgende Tagesordnungspunkte werden in dieser Reihenfolge behandelt:

TOP 5.12 – DS0256/21 nach dem TOP 5.10 – DS0383/21
TOP 5.14 – DS 0429/21 nach dem TOP 5.12 – DS0256/21
TOP 5.13 – DS0384/21 nach dem TOP 5.14 – DS0429/21
TOP 5.11 – DS0248/21 nach dem TOP 5.13 – DS0384/21

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat **einstimmig** bestätigt.

3. Bestätigung der Niederschrift der 37. (VII) Sitzung vom 09.09.21
- öffentlicher Teil

Die Niederschrift der 037.(VII) Sitzung des Stadtrates – öffentlicher Teil – vom 09.09.2021 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.1. Allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters DS0457/21
BE: Oberbürgermeister

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott stellt gemäß § 16 Abs. 1 der GO SR fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt 51 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind.

Herr Prof. Dr. Pott eröffnet die Wahl.

Die Stimmenauszählung zum Wahlgang ergab bei abgegebenen Stimmen folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen:	51
Davon gültig:	51
Ungültig:	-

Es entfielen auf:

Simone Borris	44	Stimmen
Nein-Stimmen	3	Stimmen
Enthaltung	4	Stimmen

Somit hat Frau Borris die erforderliche Mehrheit erreicht.

Frau Borris bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl an.

Der Stadtrat wählt im Benehmen mit dem Oberbürgermeister nach § 67 Abs 2 Satz 2 KVG LSA i.V. mit § 56 KVG LSA

Beschluss-Nr. 1100-038(VII)21

Als erste allgemeine Vertreterin des Oberbürgermeisters mit der Amtsbezeichnung Bürgermeisterin ist mit sofortiger Wirkung die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris gewählt.

- 5.2. Neubau einer 3-Feld-Sporthalle am Standort Lorenzweg in 39128 Magdeburg - Erhöhung des Kostenrahmens DS0392/21
BE: Oberbürgermeister
-

Der BA KGM und der Ausschuss FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, begründet die Stimmenenthaltung seiner Fraktion mit dem Hinweis auf die ständigen Kostensteigerungen bei Bauvorhaben.

Der Stadtrat **beschließt** mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1101-038(VII)21

1. Der Stadtrat beschließt die Kostenerhöhung im Rahmen der Projektförderung „Zuwendung des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung des Vereinssportstättenbaus 2019“ für das Bauvorhaben Ersatzneubau der Hermann-Gieseler-Halle, Neubau Dreifeldsporthalle Lorenzweg um **4.500.000 EUR (brutto)** auf **15.432.000 EUR (brutto)**.
2. Die Mehrauszahlungen sind in die Haushaltsplanung 2022 aufzunehmen.
3. Der Stadtrat beschließt die Bereitstellung einer VE in Höhe von 1,4 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2021.
Als Deckungsquelle wird die Investitionsmaßnahme „Umbau Kriseninterventionszentrum Virchowstr.“ (V205151004, Kostenstelle 61610000) zur Verfügung gestellt.

- 5.3. STARK III plus EFRE - Energetische und allgemeine Sanierung der GemS / Sek. J.-W.-v.-Goethe, Helmstedter Straße 42 in 39112 Magdeburg, Erhöhung des Kostenrahmens, Übertragung einer Verpflichtungsermächtigung DS0346/21
BE: Oberbürgermeister
-

Der BA KGM und die Ausschüsse BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1102-038(VII)21

1. Der Stadtrat beschließt die Kostenerhöhung bei dem STARK III plus EFRE-Schulbauvorhaben Energetische und allgemeine Sanierung der GemS / Sek. „J.-W.-v.-Goethe“, Helmstedter Straße 42, 39112 Magdeburg um **1.940.000 EUR (brutto)** auf **7.300.000 EUR (brutto)**.

2. Zur Durchführung der Vergabeverfahren wird für das laufende Haushaltsjahr eine üpl-VE in Höhe von 2.200.000 EUR aus der Maßnahme „Sanierung der GS Westerhüsen-V194140010“ bereitgestellt.
3. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2022 ff. sind die Mittel i. H. v. **1.940.000 EUR** bei der Maßnahme STARK III plus EFRE - Sanierung der GemS / Sek. „J.-W.-v.-Goethe“ (I 144140002, Sachkonto 09611002, Kostenstelle 41400400) einzustellen.

5.4. Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) DS0402/21
 BE: Oberbürgermeister

Der BA KGm und der Ausschuss RP empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1103-038(VII)21

1. Der Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) wird zum 31.12.2020 wie folgt festgestellt:
 - 1.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020
 - 1.1.1. Bilanzsumme 24.841.244 EUR
 - 1.1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagevermögen 104.973 EUR
 - das Umlaufvermögen 24.736.271 EUR
 - 1.1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf
 - das Eigenkapital 1.179.477 EUR
 - Rückstellungen 1.213.383 EUR
 - Verbindlichkeiten 22.346.070 EUR
 - Rechnungsabgrenzungsposten 102.314 EUR

1.1.2. Jahresergebnis

1.1.2.1. Summe der Erträge	39.038.047 EUR
1.1.2.2. Summe der Aufwendungen	38.019.537 EUR
1.1.2.3. Jahresgewinn	1.018.510 EUR

1.2. Verwendung des Jahresgewinns

Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	1.018.510 EUR
---	---------------

1.3. Dem bis zum 31.12.2020 bestellten Betriebsleiter, Herrn Heinz Ulrich, wird gemäß Eigenbetriebsgesetz in geltender Fassung Entlastung erteilt.

5.5.	Zulage für Zahnärztinnen und Zahnärzte der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0331/21
	BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, macht auf die Zahnarztsituation in der Stadt Magdeburg aufmerksam und bittet darum, das Thema weiter anzugehen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 0 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1104-038(VII)21

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 45 Abs. 5 Satz 1, 2. Halbsatz des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) für Zahnärztinnen und Zahnärzte die Anwendung der Richtlinie über eine Arbeitsmarktzulage der VKA ab 01.03.2021 unter Berücksichtigung der entsprechenden Geltungsdauer.

Auf der Grundlage der jeweils gültigen Entgelttabellen des TVöD-VKA kann Zahnärztinnen und Zahnärzten eine übertarifliche Arbeitsmarktzulage in Höhe des Unterschiedsbetrages der Endstufen zwischen Entgeltgruppe 15 und Entgeltgruppe 15Ü unter Berücksichtigung der Deckelung des Höchstbetrages gewährt werden.

- 5.6. Genehmigung der Annahme einer Sponsoringleistung gemäß § 99 Abs. KVG LSA DS0445/21
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
-

Der Stadtrat **beschließt** mit 50 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1105-038(VII)21

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme einer Sponsoringleistung für die Städtische Volkshochschule mit einem Wertvolumen in Höhe von 4.500,00 Euro (netto) zu.

- 5.7. Genehmigung der Annahme von Spenden gemäß §§ 99 Abs. 6 KVG LSA DS0408/21
BE: Bürgermeister
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 50 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1106-038(VII)21

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme von Spenden über insgesamt 1.920,00 Euro zu.

5.8. Jahresabschluss 2020 der KLINIKUM MAGDEBURG
gemeinnützige GmbH

DS0397/21

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1107-038(VII)21

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WRG Audit GmbH geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2020 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter*innen der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 221.801.316,06 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.382.926,45 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 1.382.926,45 EUR mit dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von 2.469.393,92 EUR auf neue Rechnung vorzutragen (3.852.320,37 EUR),
 - den Konzernjahresabschluss 2020 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zu billigen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WRG Audit GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 zu bestellen.

- 5.9. Finanzierungsplan zur Betreuung des Schiffshebewerkes 2022 DS0316/21
 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale
 Zusammenarbeit
-

Die Ausschüsse WTR und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1108-038(VII)21

Zur Betreuung des Schiffshebewerkes werden im Haushaltsjahr 2022 Aufwendungen in dem Sachkonto 52551000 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Anlagevermögens in Höhe von 30.000 € netto, im Sachkonto 53183200 - Zuschüsse an übrige Bereiche 189.000 € netto und im Sachkonto 54554100 - Erstattung an verbundene Unternehmen 59.000 € netto eingestellt. Insgesamt ergeben sich somit Aufwendungen in Höhe von 278.000 € netto.

Erträge werden in dem Sachkonto 41411000 – Zuweisungen vom Land in Höhe von 126.000 € netto, im Sachkonto 41421000 – Zuweisungen von Kommunen 38.500 € netto und im Sachkonto 43217000 - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte 9.400 € netto geplant, so dass insgesamt Erträge in Höhe von 173.900 € netto veranschlagt werden.

- 5.10. Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit DS0383/21
 Außenanlagen / Teil B Außenanlagen
 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale
 Zusammenarbeit
-

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0383/21/1 des Ausschusses K
- Änderungsantrag DS0383/21/2/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion
- Änderungsantrag DS0383/21/2 der Fraktion GRÜNE/future!
- Änderungsantrag DS0383/21/2/1 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS0383/21/2/1/1 der Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss WTR empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0383/21/1.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0383/21/2/1.

Der BA SFM und der FG empfehlen die Beschlussfassung.

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung der Drucksache DS0383/21 in den Ausschuss StBV – vor.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander und der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke sprechen sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit 15 Ja-, 30 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – die Drucksache DS0383/21 wird in den Ausschuss StBV überwiesen – wird **abgelehnt**.

Im Anschluss bringt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger die Drucksache anhand einer Präsentation umfassend ein. Sie geht dabei u.a. auf die Gründe der Kostensteigerung und die Konsequenzen bei Neuplanungen ein. Abschließend gibt Frau Stieger den Hinweis, dass das Projekt selbst bereits im Stadtrat am 08.06.2017 beschlossen wurde. Die aktuelle Drucksache bezieht sich ausschließlich auf Aspekte der Kostenerhöhung, nicht auf Änderungen in der Planung.

Im Anschluss nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Ergänzend zu den Anmerkungen der Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellende Ausführungen zur Beschlussfassung des Stadtrates am 08.06.2017 und zur Fördermittelbeantragung beim Wirtschaftsministerium und der hierfür notwendigen Vorlage der EW-Bau. Er führt weiter aus, dass die Stadt die Fördermittel in zwei Teilen, zu einem für die Sanierung der Stadthalle und zum anderen für die Außenanlagen beantragen konnte. Er teilt weiter mit, dass der Bescheid für die Sanierung der Stadthalle bereits überreicht worden ist und die EWB-Planung für die Außenanlagen nach langen Gesprächen mit den Planern und den beteiligten Fachexperten bei der EB-Bank eingereicht wurde und jetzt beim Landesbaubetrieb zur Bewertung vorliegt. Im Weiteren verweist Herr Dr. Trümper darauf, dass es unabhängig von der Beantragung eine Kostensteigerung gab und macht auf die finanziellen Auswirkungen im Falle einer nachträglichen Änderung der Pläne zur Umfeldgestaltung der sanierten Stadthalle aufmerksam. Eingehend auf den Änderungsantrag bezüglich der Ladesäulen für Elektroautos bittet er darum, keine großen Dimensionen zu beschließen und macht auf die Förderschwerpunkte aufmerksam. Er macht deutlich, dass der Betrieb von 100 Ladesäulen auch gewährleistet werden müsse und dieser vollkommen unwirtschaftlich seien.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! bringt den Änderungsantrag DS0383/21/2 ein und nimmt zur vorliegenden Drucksache Stellung. Er bittet darum, seinen Redebeitrag als Anlage zur Niederschrift zu nehmen. **(Anlage 1)**

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage bringt den Änderungsantrag DS0383/21/2/1 punktuell ein und informiert über die geführte Diskussion im Ausschuss. Er bedauert, dass die Anlagen der Drucksache nicht Gegenstand des Beschlusses seien, da diese die Gründe für die Kostensteigerung darstellen. Stadtrat Stage fragt im Weiteren nach, ob man den Parkplatz an der Hubbrücke nicht mit einbeziehen könne.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den Änderungsantrag DS0383/21/2/1/2 ein und nimmt zur Frage der Parkplatzschaffung Stellung und erklärt, dass er auf eine günstige Lösung hoffe. Er bittet abschließend um Zustimmung zur Drucksache.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel stellt klar, dass seine Fraktion einer Verringerung der Parkplätze nicht zustimmen werde, da dieses Areal für Veranstaltungen genutzt werde. Er bringt den Änderungsantrag DS0383/21/1/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag DS0383/21/1 ein und bittet zu bedenken, dass auch auf dem Messeplatz Ernst-Wille Veranstaltungen durchgeführt werden, welche ebenfalls den Bedarf an Parkplätzen nach sich ziehen.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern informiert über die Diskussion im Ausschuss und erklärt, dass sich die meisten Mitglieder des Ausschusses einig waren, dass die Maßnahme wichtig sei. Er bringt aber sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass die vorliegende Drucksache in der Diskussion von der Finanzierungsdrucksache zur Baudrucksache wurde.

Er geht im Weiteren auf die Chronologie der Thematik ein und unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag DS0383/21/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion. Abschließend bittet Stadtrat Stern darum, den Voten des Ausschusses zu folgen.

Eingehend auf den Änderungsantrag DS0383/21/1 des Ausschusses K macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper deutlich, dass dieser Sinn mache und bittet darum, die Toilettenanlage separat zu den Ladesäulen zu beantragen.

Der Vorsitzende des Ausschusses WTR Stadtrat Pasemann erklärt, dass er nicht glücklich mit dem Votum seines Ausschusses sei und bittet im Interesse der Wirtschaft- und Tourismusförderung um die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Rehbaum geht auf die Nachfrage des Stadtrates Liebau zur Frage der zu versiegelnden Flächen ein. Er gibt in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass der Stellplatz eine dienende Einrichtung ist und im Baurecht enthalten sei. Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Stage zur Nutzungsmöglichkeit des Parkplatzes an der Hubbrücke erklärt Herr Rehbaum, dass dieser für andere in der Nähe befindlichen Einrichtungen freigehalten werden müsse.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander plädiert dafür, bis auf den Änderungsantrag DS0383/21/1 die vorliegenden Änderungsanträge abzulehnen.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass hier im Stadtrat erneut Ausschussarbeit betrieben wird. Er geht im Weiteren auf die Frage der wegfallenden Parkplätze und auf die Baumpflanzungen ein und bringt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag DS0383/21/2/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion ein.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler erklärt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag des Stadtrates Schuster, CDU-Ratsfraktion, übernehmen werde.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirbt ausdrücklich dafür, die benötigten Parkplätze herzustellen und verweist in diesem Zusammenhang auf den veränderten Takt im Nahverkehrsplan nach Beendigung der Baumaßnahme.

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future! erläutert nochmals die Intention des vorliegenden Änderungsantrages DS0383/21/2.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur Drucksache DS0383/21 und zum Änderungsantrag DS0383/21/1 und die Ablehnung zu den restlichen Änderungsanträgen.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann verweist ergänzend auf die haushalterische Lage der Stadt und beantragt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0383/21/2/1 des Ausschusses StBV.

Im Rahmen der weiteren Diskussion bittet Stadtrat Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, ebenfalls um Zustimmung zur Drucksache und merkt in diesem Zusammenhang an, dass die ewige Parkplatzsuche nicht ökologisch sei.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, verweist darauf, dass es eine Reihe von Ladesäulen gäbe, die von den Städtischen Werken betrieben werden.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bringt einen Änderungsantrag zum vorliegenden Änderungsantrag DS0383/21/2 ein.

Abschließend hält der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper fest, dass er die hier geführte Diskussion nicht nachvollziehen könne und betont, dass die Stadthalle die Parkplätze in der Nähe benötigt.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott erläutert das Abstimmungsprozedere.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 18 Ja-, 34 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0383/21/2/1/1 der Fraktion DIE LINKE –

Der Punkt 2 des Änderungsantrags wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

2. 100 Stellplätze sind als E-PKW-Parkplätze vorgesehen und mit entsprechender Ladeinfrastruktur auszustatten. Ein Drittel der Busparkplätze sind ebenfalls entsprechend auszurüsten. Dabei ist sicherzustellen, dass eine benötigte Leistungskapazität vorgehalten wird, damit es vor Ort zu keiner Netzüberlastung kommt. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0383/21/2/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion unter Beachtung des Änderungsantrages des Stadtrates Schuster, CDU-Ratsfraktion, **beschließt** der Stadtrat mit 40 Ja-, 10 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0383/21/2/1 wird in Punkt 2. wie folgt geändert:

2. Ein Teil der PKW-Stellplätze ist mit einer Ladeinfrastruktur für E-Autos auszustatten. Dies gilt ebenfalls für einen Teil der Busparkplätze. Die Finanzierung soll durch Fördermittel oder Drittanbieter realisiert werden.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0383/21/2/1 des Ausschusses StBV.

Gemäß Punkt 1 **beschließt** der Stadtrat mit 30 Ja-, 21 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Die der „Finanzierungsdrucksache“ angehängten Entwurfsplanungen **inklusive dem „Städtebaulichen Rahmenplan Rotehorninsel“** sind in den Ausschüssen StBV, UwE, BA Stadtgarten und Friedhöfe (SFM) vorzustellen und zu beraten.

Der Punkt 2 hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0383/21/2/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion **erledigt**.

Gemäß Punkt 3 **beschließt** der Stadtrat mit 46 Ja-, 2 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Beschlusstext des Änderungsantrages DS0383/21/2 wird wie folgt ergänzt:

Neu:

7. Der Heinrich-Heine-Platz ist so zu entsiegeln, dass die verbleibende Verkehrsfläche an den zukünftigen Verkehrsbedarf angepasst wird.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 40 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future! –

Der Punkt 1 des Änderungsantrages DS0383/21/2 der Fraktion GRÜNE/future! wird wie folgt geändert:

1. Die Anzahl der PKW-Parkplätze ist auf insgesamt 450 zu reduzieren. Weitere 150 PKW-Stellplätze werden, um die Auflagen des Bauordnungsamtes zu erfüllen, auf dem vorhandenen Parkplatz unter der Steinbrücke nachgewiesen. –

wird **abgelehnt**.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0383/21/2 der Fraktion GRÜNE/future!:

Der Stadtrat **beschließt** mit 10 Ja-, 42 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Punkt 1

1. Die Anzahl der PKW-Stellplätze ist auf insgesamt 300 (Vorentwurfsplanung von 2016) zu reduzieren. –

wird **abgelehnt**.

Eine Abstimmung zum Punkt 2 hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0383/21/2/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion **erledigt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 18 Ja-, 34 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Punkt 3 –

3. Entsprechend dem ca. 15 Jahre lang bestehenden Grundsatz für die Neuanlage von Parkplätzen in B-Plan Bereichen und bei Investitionsvorhaben von Dritten ist je 5 Kfz-Stellplätze ein mittelkroniger Baum zu pflanzen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 13 Ja-, 36 Neinstimmen und 3 Enthaltung:

Der Punkt 4 –

4. Gemäß der zur Auslegung beschlossenen Fahrradabstellsatzung sind für die Nutzungen der Hyparschale, der Stadthalle und der Eventfläche die vorgeschriebenen Fahrradabstellanlagen einzuplanen. Dabei sind mindestens ein Drittel zu überdachen. Weiterhin sind für Pedelecs mindestens 50 Boxen (Schließfächer) zum Laden der Akkus einzurichten. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 20 Ja-, 23 Neinstimmen und 10 Enthaltung:

Der Punkt 5 –

5. Für den Stadtpark und die darin befindlichen Veranstaltungs- und Ausflugsziele ist ein zukunftsfähiges Nahverkehrsangebot zu schaffen und in die Aktualisierung des Nahverkehrsplanes mit aufzunehmen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 33 Neinstimmen und 8 Enthaltung:

Der Punkt 6 –

6. Nach Einarbeitung der hier beantragten Planänderungen ist die Klimarelevanzprüfung vorzunehmen, das Finanzierungskonzept zu aktualisieren und neu in den Stadtrat einzubringen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0383/21/1 des Ausschusses K **beschließt** der Stadtrat mit 53 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Die Drucksache wird um folgenden Beschlusspunkt ergänzt:

In die Planungen ist der Bau einer öffentlichen Toilettenanlage in unmittelbarer Parkplatznähe (Reisebus-Anlandungsbereich) einzubeziehen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungen mit 41 Ja-, 10 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1110-038(VII)21

Für die Vorbereitung und Durchführung der Investitionsmaßnahme „Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen / Teil B Außenanlagen“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Erhöhung der Gesamtkosten von 15.220.372,65 EUR um 9.301.300,00 EUR auf insgesamt 24.521.672,65 EUR.
2. Es werden Fördermittel in Höhe von 21.931.100,00 EUR beantragt, sodass die Einzahlungen von 16.892.100,00 EUR um 5.039.000,00 EUR auf 21.931.100,00 EUR erhöht werden.
3. Die Erhöhung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2022 für 2023 und 2024 von 1.342.800,00 EUR um 4.225.200,00 EUR auf 5.568.000,00 EUR.
4. Die veränderten Planansätze der Ein- und Auszahlungen werden auf die Veränderungslisten zur Haushaltsplanung 2022 ff. aufgenommen.
5. In die Planungen ist der Bau einer öffentlichen Toilettenanlage in unmittelbarer Parkplatznähe (Reisebus-Anlandungsbereich) einzubeziehen.
6. Die der „Finanzierungsdrucksache“ angehängten Entwurfsplanungen inklusive dem „Städtebaulichen Rahmenplan Rotehorninsel“ sind in den Ausschüssen StBV, UwE, BA Stadtgarten und Friedhöfe (SFM) vorzustellen und zu beraten.
7. Ein Teil der PKW-Stellplätze ist mit einer Ladeinfrastruktur für E-Autos auszustatten. Dies gilt ebenfalls für einen Teil der Busparkplätze. Die Finanzierung soll durch Fördermittel oder Drittanbieter realisiert werden.
8. Der Heinrich-Heine-Platz ist so zu entsiegeln, dass die verbleibende Verkehrsfläche an den zukünftigen Verkehrsbedarf angepasst wird.

5.12. Grundsatzbeschluss - Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt

DS0256/21

BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport

Die Ausschüsse K und der BA KGM empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0256/21/1.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0256/21/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mit 47 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen.

Der Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Die Verwaltung wird mit diesem Grundsatzbeschluss beauftragt, auf der Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie die Planungen fortzuführen und **sowohl** dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **als auch dem Finanz- und Grundstücksausschuss** die Varianten der Vorplanung zur Entscheidung vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 49 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1112-038(VII)21

1. Die notwendige Kapazitätserweiterung des Stadtarchivs wird durch den 2. Bauabschnitt unter Nutzung von Reserveflächen im Bestandsgebäude Mittagstr. 16 umgesetzt. In diesem Zusammenhang sind dringende Sanierungsarbeiten (Statik Keller, Dach, energetische Fassadensanierung) vorzunehmen.
2. Die Verwaltung wird mit diesem Grundsatzbeschluss beauftragt, auf der Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie die Planungen fortzuführen und sowohl dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr als auch dem Finanz- und Grundstücksausschuss die Varianten der Vorplanung zur Entscheidung vorzulegen.
3. Für das Haushaltsjahr 2022 sind Planungsmittel in Höhe von 150.000 € und für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 450.000 € in den Haushalt einzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für die Jahresscheiben 2024/25 um anteilige Fördermittel aus dem Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ (Programmjahr 2023) zu bewerben.

- 5.14. Besetzung von Stellvertreter*innen aus dem Stadtrat für den Örtlichen Beirat des Jobcenters Landeshauptstadt Magdeburg DS0429/21
 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 1 Neinstimme und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1114-038(VII)21

Der Stadtrat entsendet gemäß § 18d SGB II und § 11 (2) der Kooperationsvereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit Magdeburg und der Landeshauptstadt Magdeburg zur Ausgestaltung ihrer Zusammenarbeit in einer Gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II vom 22. November 2010 nach der erfolgten Änderung der Geschäftsordnung des Beirates vom 02.09.2020 fünf Stadträtinnen und Stadträte als Stellvertreter*innen in den Örtlichen Beirat des Jobcenters Landeshauptstadt Magdeburg.

Die fünf Stadträtinnen und Stadträte als stellvertretende Mitglieder des Örtlichen Beirates werden nach dem Verfahren Hare/Niemeyer ermittelt. Demnach werden in den Örtlichen Beirat als Stellvertreter*innen entsendet:

CDU:	Wigbert Schwenke
Die Grünen/future!:	Matthias Borowiak
Die Linke:	Tobias Baum
SPD:	Dr. Falko Grube
AfD:	Ronny Kumpf

- 5.13. Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße DS0384/21
 BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport
-

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0384/21/1.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0384/21/1/1.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0384/21/1 des Ausschusses BSS
- Änderungsantrag DS0384/21/1/1 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS00384/21/1/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion

- Interfraktioneller Änderungsantrag DS0384/21/2

Die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz bringt die Drucksache DS0384/21 umfassend ein und erläutert die Hintergründe, die zu diesem Standort geführt haben. Sie verweist dabei u.a. auf die Beschlussfassung zur DS0411/20 durch den Stadtrat und auf die Information I0066/21. Frau Stieler-Hinz geht im Weiteren auf die Veränderung der Schullandschaft und auf die Entwicklung der Schülerzahlen ein und erklärt, dass trotz Vorhersagen die Realität immer eine andere sei und deswegen die Schulentwicklungsplanung weder zu großzügig noch zu knapp bemessen werden darf. Sie erläutert weiterhin die Vorteile des neuen Schulstandortes an der Listemannstraße und bittet um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Hausmann bringt den Änderungsantrag DS0384/21/1 ein und zieht den Punkt 11 zurück.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage informiert über die Diskussion im Ausschuss und bezeichnet den vorliegenden Änderungsantrag DS0384/21/1 des Ausschusses BSS als Kompromiss. Er bringt im Weiteren den Änderungsantrag DS0384/21/1/1 punktuell ein und bittet um punktweise Abstimmung.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den Änderungsantrag DS0384/21/1/1/1 ein. Er merkt im Weiteren an, dass er den Winterhafen immer noch für einen guten Standort hält, aber leider eine kurzfristige Bebauung nicht möglich ist. Er erklärt, dass aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion der jetzige Standort am Universitätsplatz keine gute Lösung sei und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die schwierige Bauplatzsituation. Stadtrat Rösler geht im Weiteren auf die vorliegenden Änderungsanträge ein und spricht sich dafür aus, die Grund- und Gemeinschaftsschulen in Ostelbien zu trennen.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, bringt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0384/21/2 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht die Empfehlung aus, die vorliegende Drucksache zu beschließen. Er erklärt allerdings, dass er darüber nachgedacht habe, die Drucksache zurückzuziehen und begründet dies mit den derzeitigen Schülerzahlen. Er führt aus, dass sowohl in neu errichteten oder erweiterten Grundschulen zur jüngsten Einschulung ganze Klassenzüge leer geblieben seien, auch an einigen Gemeinschaftsschulen. Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass diese Entwicklung zu analysieren sei und stellt klar, dass eine neue Grundschule in den kommenden fünf Jahren nicht benötigt wird.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! verweist auf das Votum des Ausschusses BSS und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur Drucksache und zu den Änderungsanträgen DS0384/21/1 und DS0384/21/1/1. Im Rahmen seiner weiteren Ausführungen geht er auf die Bausituation in der Listemannstraße ein und verweist in diesem Zusammenhang auf die im Ausschuss FG aufgetretenen Bedenken zu den Flächen.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, vertritt die Auffassung, dass trotz des zentralen Schulstandortes es nicht bedeutet, dass die Schule gut erreichbar wäre und hält den Standort für falsch. Er signalisiert für seine Fraktion die Stimmenthaltung.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander bezeichnet die genannten Schülerzahlen als erschreckend. Er signalisiert im Weiteren die Ablehnung zu den vorliegenden Änderungsanträgen.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, sieht diese Entwicklung aufgrund der Abwanderung von jungen Familien in das Umland und verweist auf die Notwendigkeit, günstiges Bauland in Magdeburg zu schaffen.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, begrüßt die vorliegende Drucksache und geht im Weiteren auf die Schullandschaft in Magdeburg ein und spricht sich dafür aus, die Schulstandorte zu trennen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass die Prognosezahlen sich anders darstellten, als die Ist-Zahlen. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Grundschule Am Brückfeld in Ostelbien 3-zügig ausgebaut wurde und diese nicht ausgelastet sei.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion fragt Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! nach, was für Kosten bisher für den Standort Winterhafen entstanden seien.

Eingehend auf die Nachfrage des Stadtrates Stage verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die Stellungnahme S0392/21 und teilt mit, dass für die Untersuchungen, wie Bodengutachten und Kampfmitteluntersuchung bisher 45.000 Euro ausgegeben wurden.

Die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz ergänzt, dass diese Untersuchungen auch für die Altlasten erforderlich waren.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, beantragt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0384/21/1/1 des Ausschusses StBV.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott erläutert das Abstimmungsprozedere.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0384/21/1/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mit 26 Ja-, 24 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Punkt 12 des Änderungsantrag DS0384/21/1/1 ist wie folgt zu ändern:

12. Die Entflechtung des Doppelstandortes am Elbdamm in Ostelbien wird weiter angestrebt. Die Verwaltung wird gebeten anhand der Entwicklung der Schülerzahlen im Jahr 2022 eine entsprechende Einschätzung zu geben und einen Vorschlag zu unterbreiten.

Der Stadtrat **beschließt** mit 18 Ja-, 30 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der interfraktionelle Änderungsantrag DS0384/21/2 –

Der Beschlussvorschlag unter Punkt 1 wird wie folgt geändert bzw. ergänzt (**fett**):

1. Ein Schulneubau am Winterhafen wird nicht weiterverfolgt. **Für das Gelände des Bauhofes des Tiefbauamtes und daran angrenzende Flächen wird eine Nachnutzungsstudie erarbeitet. Hierbei sind die Bestandsgebäude, insbesondere das unter Denkmalschutz stehende Bürogebäude, mit einzubeziehen. Die Studie bzw. die geplante Nachnutzung ist in Form einer Drucksache dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen. –**

wird **abgelehnt**.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung des Änderungsantrages DS0384/21/1/1 des Ausschusses StBV.

Der Stadtrat **beschließt** mit 24 Ja-, 26 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Punkt 1 -

1. Ein Schulneubau am Winterhafen wird nicht weiterverfolgt.
Das Gelände des bisherigen Bauhofes ist nach Nutzungsende zurückzubauen und zu renaturieren. -

wird **abgelehnt**.

Die Punkte 2 – 4 sind bereits Beschlusspunkte der Drucksache.

Der Stadtrat **beschließt** mit 19 Ja-, 29 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Punkt 5 -

5. **Die Schule wird unter größtmöglichem Erhalt der Bäume errichtet. Zumindest der Großbaumbestand an der Listemannstraße und die Alleebäume an der Walther-Rathenau-Straße und Gustav-Adolf-Straße werden nicht in die zu bebauende Fläche einbezogen. –**

wird **abgelehnt**.

Es erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag DS0384/21/1 des Ausschusses BSS.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0384/21/1/1 des Ausschusses StBV hat sich eine Abstimmung zum Punkt 5 **erübrigt**.

Gemäß Punkt 8 des Änderungsantrages **beschließt** der Stadtrat mit 46 Ja-, 1 Neinstimme und 4 Enthaltungen:

8. NEUFASSUNG: ~~Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land/Bund Fördermittel zu beantragen. Da Fördermittel nicht kurzfristig zugesagt werden können, wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Vergabe der Bauleistungen nach Funktionalausschreibung an einen Totalunternehmer bzw. Generalübernehmer vorzunehmen.~~

Eine Beschlussfassung zum Punkt 12 hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0384/21/1/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion **erübrigt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 35 Ja-, 0 Neinstimmen und 16 Enthaltungen unter Beachtung aller beschlossenen Änderungen:

Beschluss-Nr. 1113-038(VII)21

1. Ein Schulneubau am Winterhafen wird nicht weiterverfolgt.
2. Der Stadtrat beschließt einen Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße für eine 7-zügige Integrierte Gesamtschule (IGS) mit Hortbereich, einschließlich einer 3-Feld-Sporthalle, auf dem städtischen Gelände (13.846 m²) und nach Erwerb der Flächen auf dem Gelände der SWM (3.889 m²) in den die IGS „W. Brandt“ nach Fertigstellung einzieht.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den SWM über die Nutzung des Geländes der SWM (Grundstückserwerb durch Kauf oder Tausch) für den Schulstandort zu verhandeln und das Ergebnis dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
4. Der Stadtrat bestätigt das Raum- und Funktionsprogramm für den Neubau der dann 7-zügigen IGS „W. Brandt“ am Universitätsplatz/Listemannstraße.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die EW-Bau zur Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms für die 7-zügige IGS sowie den Neubau einer 3-Feldsporthalle am Standort Universitätsplatz/Listemannstraße zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
6. Der Stadtrat beschließt, für den Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße 500.000 EUR Planungsmittel mit der Veränderungsliste in die Haushaltsplanung 2022 aufzunehmen.
7. Da Fördermittel nicht kurzfristig zugesagt werden können, wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Vergabe der Bauleistungen nach Funktionalausschreibung an einen Totalunternehmer bzw. Generalübernehmer vorzunehmen
8. Der Stadtrat beschließt den Umzug der Gemeinschaftsschule (GmS) „Oskar Linke“ in den freiwerdenden Schulstandort Westring und das Aufwachsen der GmS „Oskar L Linke“ von einer 2- auf eine 4-5 Zügigkeit mit Hortbereich am Schulstandort Westring.
9. Der Stadtrat beschließt, den Schulstandort Schmeilstraße nach Auszug der GmS denkmalgerecht zu sanieren, zu erweitern und für die Nutzung als Ersatzstandort der Förderschule „Hand in Hand“ für insgesamt 168 Schüler*innen herzurichten. Die 1-zügige GS „Schmeilstraße“ verbleibt ebenfalls am Standort.
10. Die Entflechtung des Doppelstandortes am Elbdamm in Ostelbien wird weiter angestrebt. Die Verwaltung wird gebeten anhand der Entwicklung der Schülerzahlen im Jahr 2022 eine entsprechende Einschätzung zu geben und einen Vorschlag zu unterbreiten

- 5.11. Grundsatzbeschluss zur Absicherung der Kapazitäten an Förderschulen „Geistigbehindert“ (FÖSG) DS0248/21
BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport
-

Die Ausschüsse BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0248/21/1.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE hält die vorliegende Drucksache für eine gute Lösung und erklärt, dass Teile seiner Fraktion sich aber der Stimme enthalten werden.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0248/21/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 0 Neinstimmen und 12 Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag **3** wird wie folgt geändert (**fett**):

3. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Grundstücke für einen Schulneubau einer FÖSG zu suchen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.~~
Der Stadtrat beschließt, für die FÖSG „Hand in Hand“ mit einer aufwachsenden Kapazität bis zu 168 Schülerinnen und Schülern in gemeinsamer Nutzung mit der GS „Schmeilstraße“ den Standort Schmeilstraße zu sanieren und zu erweitern.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1115-038(VII9)

1. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der durchgeführten Prognoseberechnungen zu den erwarteten Schülerzahlen an Förderschulen „Geistigbehindert“ (FÖSG) in Magdeburg und im Ergebnis der durchgeführten Machbarkeitsstudie und der erfolgten Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Absicherung der Kapazitäten an FÖSG
 - den Neubau einer zweizügigen FÖSG als Ersatzstandort für die Förderschule „Hand in Hand“ für insgesamt 168 Schüler*innen mit geschätzten Kosten in Höhe von 19 Mio. EUR,
 - die Erweiterung des Standortes „Regenbogenschule Magdeburg“ Hans-Grade-Straße 120 in 30130 Magdeburg mit geschätzten Kosten in Höhe von 2,1 Mio. EUR.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Raum- und Funktionsprogramm für den Schulneubau einer FÖSG zu erstellen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

3. Der Stadtrat beschließt, für die FÖSG „Hand in Hand“ mit einer aufwachsenden Kapazität bis zu 168 Schülerinnen und Schülern in gemeinsamer Nutzung mit der GS „Schmeilstraße“ den Standort Schmeilstraße zu sanieren und zu erweitern.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Grundstücke für einen Schulneubau einer FÖSG zu suchen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Umsetzung der mit der Machbarkeitsstudie untersuchten Raum- und Funktionsprogramme für den Standort „Regenbogenschule Magdeburg“ die EW-Bau zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
6. Planungskosten in Höhe von 200.000 EUR sind in den Haushalt 2022 einzustellen. Die Kosten für den Schulneubau einer FÖSG und die Erweiterungsmaßnahme sind vom EB. KGM mit der Haushaltsplanung 2023 konkret zu planen und in die Haushalte 2023 ff. einzustellen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land/Bund Fördermittel für den Neubau und die Erweiterung zu beantragen.

5.15.	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022	DS0258/21
	BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit WV v. 09.09.2021	

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der vorliegenden Änderungsanträge DS0258/21/2 – DS0258/21/8.

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegen zusätzlich vor:

- Änderungsantrag DS0258/21/1 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsanträge DS0258/21/2 – DS0258/21/8 des Ausschusses Juhi
- Änderungsantrag DS0258/21/3/1 der SPD-Stadtratsfraktion
- Änderungsantrag DS0258/21/9 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
- Änderungsantrag DS0258/21/9/1 der SPD-Stadtratsfraktion

Die Bürgermeisterin Frau Borris bringt die Drucksache DS0258/21 anhand von Bildmaterial umfassend ein und geht dabei erläuternd auf die einzelnen Beschlusspunkte ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Jannack bringt die vorliegenden Änderungsanträge DS0258/21/2 bis DS0258/21/8 ein und dankt allen Beteiligten, die daran mitgewirkt haben.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel legt kritisch den Standpunkt seiner Fraktion zur Drucksache dar und bezeichnet die Aussage der Bürgermeisterin Frau Borris, dass der Bedarf nicht gestiegen sei, als anmaßend. Er bringt im Weiteren den Änderungsantrag DS0258/21/1 ein. Eingehend auf die Änderungsanträge des Ausschusses Juhi verdeutlicht er, wie gravierend die Probleme sind. Stadtrat Hempel stellt abschließend klar, dass bei einer heutigen Beschlussfassung zur Drucksache dies auf den Rücken der Kinder ausgetragen werde, übt Kritik an dem Sparkurs der Stadt und bittet um eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander bringt den Änderungsantrag DS0258/21/9 ein, spricht seine Verwunderung über die Vielzahl der Änderungsanträge des Stadtjugendrings aus und signalisiert die Ablehnung durch seine Fraktion.

Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf den Hergang der Jugendhilfeplanung ein und nimmt zur vorliegenden Drucksache Stellung. Sie bringt im Weiteren die Änderungsanträge DS0258/21/3/1 und DS0258/21/9/1 ein.

Der Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfeplanung Stadtrat Schwenke dankt allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit und intensive Diskussion zur vorliegenden Drucksache. Mit Hinweis auf den Änderungsantrag DS0258/21/2 geht er auf die geänderten Bedarfe ein. Stadtrat Schwenke bezeichnet die vorliegende Drucksache als gute Basis für eine gute Jugendhilfeplanung. Eingehend auf die kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel weist er den Vorwurf zurück, dass Geld in diesem Bereich gekürzt wird. Er bittet abschließend um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0258/21/2 und zur Drucksache DS0258/21.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, begründet die Stimmenenthaltung zur Drucksache durch seine Fraktion.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Schwenke geht Stadtrat Hempel klarstellend auf den Unterschied zwischen Bedarfsplanung und Budgetplanung ein.

Nach eingehender Diskussion erfolgt die Abstimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen und zur Drucksache.

Der Stadtrat **beschließt** mit 6 Ja-, 41 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0258/21/1 der Fraktion DIE LINKE –

Die Drucksache wird wie folgt geändert:

1. Die Beantragung einer Fristverlängerung beim Ministerium für Arbeit Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt (neu: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) zum Vorlegen einer Jugendhilfeplanung gem. § 31 Abs. 3 KJHG LSA bis zum 31. Oktober 2023.
2. Die Landeshauptstadt erstellt innerhalb der nächsten 18 Monate einen Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) unter Anwendung des § 80 SGB VIII. Dazu ist sich externer Sachverstand unter Einbindung bspw. der Hochschule Magdeburg-Stendal einzuholen.

3. Die Kinderbeauftragte als auch die Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigungen der Landeshauptstadt sind dringend prozessbegleitend mit einzubeziehen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0258/21/2 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat mit 44 Ja-, 3 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 1 ist in der o.g. Drucksache in den Anlagen 5 und 7 wie folgt zu ändern:

1. Im Versorgungsgebiet 8 ist im Rahmen der Anlage 5 ein Stellenaufwuchs um 1,0 VZÄ zu berücksichtigen.
2. Im Versorgungsgebiet 12 ist im Rahmen der Anlage 5 ein Stellenaufwuchs um 0,5 VZÄ zu berücksichtigen.
3. Die dafür benötigten finanziellen Mittel von jährlich 100.000 EUR sind im konsumtiven Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg budgeterhöhend zur Verfügung zu stellen. Die Anlage 7 ist entsprechend anzupassen.

Gemäß Änderungsantrag DS0258/21/3/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mit 27 Ja-, 22 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Im Änderungsantrag DS0258/21/3 ist der Punkt b) wie folgt zu ändern (Änderung **fett** gekennzeichnet):

"b) der vorgesehene Anteil an VZÄ auf **8 VZÄ** aufgerundet wird, um hierdurch der Weiterentwicklung vorgesehener Angebotsstruktur Rechnung zu tragen."

Gemäß Änderungsantrag DS0258/21/3 des Ausschusses Juhi unter Beachtung der beschlossenen Änderung **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 22 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

die mit Beschlusspunkt 1 der DS verknüpften Anlagen 3, 4, 5 und 6, insoweit diese sich auf die Förderung des § 16 (2) SGB VIII beziehen, dahingehend zu verändern, dass:

- a) die Einrichtungen nach § 16 (2) SGB VIII als stadtweite Angebote in der Anlage 5 Berücksichtigung finden.
- b) der vorgesehene Anteil an VZÄ auf 8 VZÄ aufgerundet wird, um hierdurch der Weiterentwicklung vorgesehener Angebotsstruktur Rechnung zu tragen.
- c) die bisherigen, nach §16 (2) SGB VIII geförderten Einrichtungen bzw. im Rahmen von Leistungsverträgen nach § 16 (2) SGB VIII geförderten Träger werden im allgemeinen Interessenbekundungsverfahren aufgefordert, einen entsprechenden Förderantrag/Konzept abzugeben. Neben der Konzeption des Trägers sollen insbesondere bestehende Angebote gem. § 16 (2) SGB VIII am Ort sowie deren Weiterentwicklungsmöglichkeiten und im Hinblick auf die Zuordnung von VZÄ die räumliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Trägers Berücksichtigung finden.

d) Kooperationen mit familienorientierten Einrichtungen in anderen Versorgungsgebieten zu begrüßen und der Zersplitterung von Angeboten durch Aufteilen von VZÄs vorzuziehen sind.

e) Förderungen von *Familienzentren* durch das *Land Sachsen-Anhalt*, wenn konzeptionell untersetzt, als zusätzliches Angebot in den lokalen Einrichtungen der Familienbildung berücksichtigt werden.

Gemäß Änderungsantrag DS0258/21/4 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat mit 25 Ja-, 24 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

In Anlage 5 der Drucksache werden folgende Punkte entsprechend der fachlichen Anforderungen in Anlage 4 zugeordnet beziehungsweise ergänzt:

1. Die in Anlage 4 als stadtweit ausgewiesenen Angebote inkl. der zugehörigen Stellenanteile sind auch in Anlage 5 entsprechend dieser Logik bei Versorgungsgebiet "stadtweit" in die Tabellen einzuordnen. Zudem sollen einheitlich keine konkreten Angebote benannt werden.
2. In Anlage 4 ist unter II. stadtweit wirkende Einrichtungen mit Alleinstellungscharakter das Angebot Sozialpädagogisch betreuter Aktiv-, Bau- und Naturspielplatz mit den entsprechenden Spezifika zu ergänzen und entsprechend in Anlage 5 zuzuordnen.
3. In der Beschlussvorlage zur Drucksache DS0258/21 soll in der Anlage 5 zusätzlich zur richtigen Zuordnung der stadtweiten Angebote und Aufzeigen der VZÄ für Familienarbeit als Mehrbedarf folgende Tabellenzeilen entsprechend geändert werden:

Versorgungsgebiet	§ SGB VIII (grundlegend § 14)	Angebote/Maßnahmen/Standorte	VZÄ 2021	VZÄ ab 2022	Erbringung von Leistungen entsprechend Aufgabenstellung – Bemerkungen
stadtweit	§11, 12	Sozialpädagogisch betreuter Aktiv-, Bau- und Naturspielplatz	bis zu 1,75 VZÄ	bis zu 1,75 VZÄ	1 Standort

VG 4: Neue Neustadt	§§ 11, 12	Bis zu 2 Standorte	Bis zu 3 VZÄ	Bis zu 5,3 VZÄ	Umfang Zielgruppe
VG 8: Nordwest, Alt Olvenstedt, Neu Olvenstedt	§§ 11, 12, 16	bis zu vier Standorte	bis zu 6,25 VZÄ	bis zu 6,75 VZÄ	Umfang Zielgruppe; höchstens 4,75 VZÄ Jugendarbeit, Jugendverbandarbeit mindestens 2 VZÄ Familienarbeit
VG 12: Ottersleben	§§ 11, 12	bis zu einem Standort, inklusive mobiler Arbeit	bis zu 3 VZÄ	bis zu 3 VZÄ	räumliche Ausdehnung des Versorgungsgebietes um die Region Friedenshöhe; 2 VZÄ Jugendarbeit, Jugendverbandarbeit / 1 VZÄ im Versorgungsgebiet mobile Jugendarbeit

Gemäß Änderungsantrag DS0258/21/5 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat mit 26 Ja-, 23 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Im Beschlusspunkt 1 werden folgende Punkte ergänzt bzw. geändert:

- in Zeile 1 für den Zeitraum ab 2022 geändert in für den Zeitraum von 2022 bis 2028
- Anlage 7 soll entsprechend der Änderungen in Anlage 5 angepasst werden (bedarfsorientierte Anpassung der aktuellen VZÄ im VG 8 und VG 12)
- zusätzlich zu den "für 2021 kommunal geplanten finanziellen Mittel gemäß Anlage 7 dieser Drucksache" ist ab 2022 jährlich ein bedarfsgerechter Aufwuchs im konsumtiven Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg zusätzlich bereitzustellen zuzüglich des Budgetaufwuchses durch die Familienarbeit.

Der Stadtrat **beschließt** mit 25 Ja-, 25 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0258/21/6 des Ausschusses Juhi –

Der Stadtrat möge beschließen, dass in der Beschlussvorlage zur Drucksache DS0258/21 der Beschlusspunkt 4/ die Bestandswahrung Umsetzung findet:

Beschlusspunkt 4 ist in Beschlusspunkt 1 zu integrieren. Zudem ist folgende Formulierung des Beschlusspunkt 4 wie folgt zu ändern:

“Das bisher kommunal betriebene Kinder- und Jugendhaus „KJH Müntzer“ wird mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 als Standort aufgegeben. Die aufzugebende Liegenschaft am Standort Thomas-Müntzer-Straße 23 in 39116 Magdeburg wird dem „Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Magdeburg e. V.“ ab 01. Januar 2022 unentgeltlich zur Nutzung eines sozialen Zweckes dienenden Liegenschaft auf der Grundlage eines Leihvertrages überlassen“ ist zu ergänzen in: “Das bisher kommunal betriebene Kinder- und Jugendhaus „KJH Müntzer“ wird mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 als Standort im Sinne des Subsidiaritätsprinzips an freie Träger übergeben”. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0258/21/7 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat mit 26 Ja-, 15 Neinstimmen und 10 Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 2 wird folgendermaßen geändert und ergänzt:

“Ein Verfahren zur unterjährigen Anpassung zu Mehrbedarfen von Angeboten, Diensten und Einrichtungen ist spätestens im 1. Quartal 2022 zu erarbeiten, um flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Das Verfahren beinhaltet konkrete planerische Schritte, die transparent kommuniziert werden. Zur qualitativen und quantitativen Evaluation der Angebote ist zudem die Installation eines Re-Evaluationsprozesses mit entsprechender Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, jungen Familien und Fachkräften in das Verfahren zu implementieren. Hierzu wird die UAG Qualitätsentwicklung mit Trägerbeteiligung revitalisiert und damit beauftragt. Diese prüft und überarbeitet ebenso als Teil des Verfahrens die Qualitätsinstrumente und die fachlichen Anforderungen auf Praxistauglichkeit und passt sie entsprechend ihrer Feststellungen an. Die Mitwirkung an der Jugendhilfeplanung wird ebenfalls als fester Bestandteil des Arbeitsauftrages (fachinhaltliche Anforderung) an alle Akteur*innen formuliert.”

Gemäß Änderungsantrag DS0258/21/8 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

In Beschlusspunkt 3.1. wird nach Satz 1 folgender Text ergänzt:

Zudem sollen Ressourcen und bedarfsorientierte Fortbildungen im Zuge der Digitalisierung den bestehenden Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß Änderungsantrag DS0258/9/1 der SPD-Stadtratsfraktion (ersetzt den Änderungsantrag DS0258/21/9 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz) **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja-, 9 Neinstimmen und 12 Enthaltungen:

Der Punkt 3.3 wird wie folgt formuliert:

"3.3 Der Jugendhilfeausschuss und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung werden gebeten zu prüfen, in wie fern für den Stadtteil Neustädter Feld eine Ersatzeinrichtung für die geschlossene Kinder- und Jugendeinrichtung "Rolle 23" zu schaffen ist.

Hierfür sollen im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung Untersuchungen stattfinden, durch welche Maßnahmen ausreichend freizeitliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können, um den Kindern ab 6 Jahren und den Jugendlichen eine bessere Aufenthaltsqualität im Stadtteil Neustädter Feld zu bieten.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat vorzulegen."

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungen mit 29 Ja-, 5 Neinstimmen und 17 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1116-038(VII)21

1. Für den Zeitraum ab 2022 bis 2028 sind gemäß der Anlagen 3, 4, 5 und 6 dieser Drucksache die notwendigen und geeigneten Angebote, Dienste und Einrichtungen für die Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit/ Familienbildung nach §§ 11 bis 14 und 16 (2) SGB VIII in der Landeshauptstadt Magdeburg im Rahmen der für 2021 kommunal geplanten finanziellen Mittel gemäß Anlage 7 dieser Drucksache, vorzuhalten. Tarifgebundene Steigerungen von Personalkosten sind zu berücksichtigen.
2. "Ein Verfahren zur unterjährigen Anpassung zu Mehrbedarfen von Angeboten, Diensten und Einrichtungen ist spätestens im 1. Quartal 2022 zu erarbeiten, um flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Das Verfahren beinhaltet konkrete planerische

Schritte, die transparent kommuniziert werden. Zur qualitativen und quantitativen Evaluation der Angebote ist zudem die Installation eines Re-Evaluationsprozesses mit < entsprechender Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, jungen Familien und Fachkräften in das Verfahren zu implementieren. Hierzu wird die UAG Qualitätsentwicklung mit Trägerbeteiligung revitalisiert und damit beauftragt. Diese prüft und überarbeitet ebenso als Teil des Verfahrens die Qualitätsinstrumente und die fachlichen Anforderungen auf Praxistauglichkeit und passt sie entsprechend ihrer Feststellungen an. Die Mitwirkung an

der Jugendhilfeplanung wird ebenfalls als fester Bestandteil des Arbeitsauftrages (fachinhaltliche Anforderung) an alle Akteur*innen formuliert

3. Folgende Entwicklungsaufträge werden für den Zeitraum ab 2022 definiert, zu denen jeweils Einzeldrucksachen in den Stadtrat einzubringen sind:
 - 3.1 Prüfung der Etablierung eines Jugendmedienzentrums in zentraler Lage der Landeshauptstadt Magdeburg unter Berücksichtigung der Ressourcen und Standorte der Versorgungsgebiete Altstadt und Alte Neustadt und deren möglicher Standortverlagerung.
Zudem sollen Ressourcen und bedarfsorientierte Fortbildungen im Zuge der Digitalisierung den bestehenden Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.
 - 3.2 Errichtung eines offenen Türbereiches (OT-Bereich) im Versorgungsgebiet Fermersleben, Salbke, Westerhüsen unter Berücksichtigung der Ressourcen und Standorte des Versorgungsgebietes oder zu findender Standorte und der möglichen Verlagerung von Personalressourcen aus anderen Versorgungsgebieten.
 - 3.3 Der Jugendhilfeausschuss und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung werden gebeten zu prüfen, in wie fern für den Stadtteil Neustädter Feld eine Ersatzeinrichtung für die geschlossene Kinder- und Jugendeinrichtung "Rolle 23" zu schaffen ist.
Hierfür sollen im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung Untersuchungen stattfinden, durch welche Maßnahmen ausreichend freizeitliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können, um den Kindern ab 6 Jahren und den Jugendlichen eine bessere Aufenthaltsqualität im Stadtteil Neustädter Feld zu bieten.
Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat vorzulegen."
4. Das bisher kommunal betriebene Kinder- und Jugendhaus „KJH Müntzer" wird mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 als Standort aufgegeben. Die aufzugebende Liegenschaft am Standort Thomas-Müntzer-Straße 23 in 39116 Magdeburg wird dem „Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Magdeburg e. V." ab 01. Januar 2022 unentgeltlich zur Nutzung einer sozialen Zwecken dienenden Liegenschaft auf der Grundlage eines Leihvertrages überlassen.
5. Der Stadtrat beschließt die Fortführung der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg in den Jahren ab 2022 unter Berücksichtigung folgender Bedingungen:
 - 5.1. Die 13 bisher vollständig kommunal finanzierten Standorte der Schulsozialarbeit werden aus zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln (inkl. „BuT-Revisionsmittel für Schulsozialarbeit") vorerst bis zum 30. Juni 2023 auf der Grundlage des Abschlusses von Leistungsvereinbarungen finanziert.
 - 5.2. Der Stadtrat bekennt sich vorbehaltlich der weiteren mindestens anteiligen Finanzierung über ESF-Mittel und der Veröffentlichung der Förderbedingungen des Landes Sachsen-Anhalt zu den 35 bisher noch ausschließlich ESF-finanzierten Standorten der Schulsozialarbeit sowie zur Netzwerkstelle „Schulerfolg sichern“ in der Landeshauptstadt Magdeburg. Zur weiteren Förderung dieser Standorte der Schulsozialarbeit ab 2022 ist dem Stadtrat eine weitere gesonderte Drucksache vorzulegen.
6. Die auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung geförderten Einrichtungen sind in der Dringlichkeitsliste der Landeshauptstadt Magdeburg zur Verbesserung der

Barrierefreiheit zu berücksichtigen.

- 5.16. Bestätigung des Rahmenplanes Sudenburger Wuhne und Einleitung der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Sudenburg West" DS0172/21
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 09.09.2021
-

Die Drucksache DS0172/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 5.17. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" DS0181/21
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 09.09.2021
-

Die Drucksache DS0181/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 5.18. Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" DS0182/21
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 09.09.2021
-

Die Drucksache DS0182/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen.**

- 5.19. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Behandlung der Stellungnahmen DS0196/21
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 09.09.2021
-

Die Drucksache DS0196/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen.**

- 5.20. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Feststellungsbeschluss DS0197/21
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 09.09.2021
-

Die Drucksache DS0197/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen.**

- 5.21. Herauslösung eines Teilbereichs, Umbenennung und Satzung zum Bebauungsplan Nr. 223-2 "Klaus-Miesner-Platz/Gemeinbedarfsfläche" DS0267/21
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 09.09.2021
-

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1117-038(VII)21

1. Aus dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.3 „Klaus-Miesner-Platz“ wird ein Teilbereich herausgelöst, der wie folgt umgrenzt wird:
 - im Norden: durch die nördliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 3467/5 und dessen Verlängerung in Richtung Westen, durch die nördliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 10203;
 - im Osten: durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 10201;
 - im Süden: durch die südliche Flurstücksgrenze der Flurstücke 10201, 11205, 11208;
 - im Westen: durch die westliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 2/12.

Alle Flurstücke befinden sich in der Flur 144.
2. Das Bebauungsplanverfahren für diesen Teilbereich wird unter der Bezeichnung 223-2 „Klaus-Miesner-Platz/Gemeinbedarfsfläche“ weitergeführt.
3. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), in der zuletzt geänderten Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 07.10.2021 den Bebauungsplan Nr. 223-2 „Klaus-Miesner-Platz/Gemeinbedarfsfläche“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) in der Fassung vom Oktober 2020 und dem Text (Planteil B), als Satzung.
4. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

5.22. Aufstellung des Ausgleichsflächenbebauungsplanes Nr. 489-4 DS0303/21
 "Landschaftsraum Hochplateau Südost"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Eingehend auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0303/21/1 der CDU-Ratsfraktion teilt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Rehbaum mit, dass dies grundsätzlich möglich ist.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, begrüßt im Namen seiner Fraktion grundsätzlich die vorliegende Drucksache. Zum vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion signalisiert er die Ablehnung.

Der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadtrat Meister begrüßt ebenfalls die vorliegende Drucksache und spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen die Annahme des Änderungsantrages aus.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke erläutert die Intention des Änderungsantrages.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel verweist auf die Mietsituation in der Stadt und sieht darin einen Grund, dass die Menschen wegziehen.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler begrüßt im Namen seiner Fraktion ebenfalls die vorliegende Drucksache und merkt an, dass er den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion für unschädlich halte.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann verwehrt sich gegen die Aussage des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Hempel, dass die Stadt von Spekulanten beherrscht werde.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, verweist auf den 5stelligen Leerstand in der Stadt und erläutert nochmals die Zielstellung des Änderungsantrages.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 21 Ja-, 26 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0303/21/1 der CDU-Ratsfraktion -

Der Beschlusstext wird um einen folgenden vierten Punkt ergänzt (**fett**):

Neu Pkt. 4.

Im Aufstellungsverfahren ist zu prüfen, ob zwischen der Langenweddinger Straße und der Straße An den Sohlener Bergen, Bauland für familienfreundliches Bauen festgesetzt werden kann.

Die nachfolgenden Punkte verschieben sich um einen Punkt nach unten, d.h.:

aus Alt Pkt. 4 wird Pkt. 5 und aus Alt Pkt. 5 wird Pkt. 6.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1118-038(VII)21

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs.1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- Im Norden: von der nördlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 58 und der östlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 388/103 (Flur 432); von der Westseite des sich nach Süden anschließenden Landwirtschaftsweges der Straße Am Spionkopf; von der nördlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 6004 (Flur 476); von der östlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 6502 (Flur 476); von der Nordseite des Landwirtschaftsweges zwischen Welsleber Straße und Wartburgstraße;
- Im Osten: von den westlichen Flurstücksgrenzen der Bahntrasse Magdeburg-Halle
- Im Süden: von der Gemarkungsgrenze Magdeburg und der Flurgrenze der Flur 4 (Gemarkung Beyendorf)
- Im Westen: von der Westseite des Welsleber Weges und des sich anschließenden Landwirtschaftsweges; von der Südseite der Sohlener Hauptstraße; von der südlichen Flurstücksgrenze der Sülze; von der östlichen Siedlungskante der Straße Untere Siedlung; von den südlichen bzw. östlichen Begrenzungen der Straßen Untere Siedlung und Beyendorfer Dorfstraße sowie der Sülze; von der Westseite der Straßen Sülzeblick und Rote Mühle

ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB für den externen Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft aus Bebauungsplänen der Landeshauptstadt Magdeburg
- Gestaltung und Aufwertung des Landschaftsbilds, Verbesserung der Wegeverbindungen zwischen den bestehenden Grünstrukturen, Erhöhung der Erholungsfunktion für die Bevölkerung
- Aufstellung als einfacher Bebauungsplan gemäß § 30 Abs. 3 BauGB, welcher ausschließlich Festsetzungen zur Grünordnung und zu Verkehrsflächen (Wege) enthalten soll.
- Der Flächennutzungsplan weist die Fläche als Landwirtschaftliche Nutzfläche bzw. in geringen Flächenanteilen als Naturschutzflächen und Wald (Ausgleichsflächen) aus.

Das Vorhaben entspricht den Darstellungen im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg, und durch eine Bürger*innenversammlung erfolgen.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Bürgerin 1

Baumfällungen in der Beimssiedlung

Die Bürgerin teilt mit, dass geplant sei, eine im Bereich Völpestraße/Beimsstraße befindliche 50 Jahre alte Trauerweide gefällt werden soll. Diese stehe in einem Mietergarten der Wobau. Sie fragt nach, wie man die geplante Fällung stoppen könne

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Eingehend auf die Nachfrage macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper deutlich, dass Baumfällungen nur vorgenommen werden können, wenn es dafür auch eine Genehmigung gibt. Dies müsste im Umweltamt hinterfragt werden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die unter TOP 9.1 – 9.18 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper teilt mit, dass er am 01. Oktober 2021 dem Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz, die Führung des Finanzdezernates übertragen hat, bis ein neuer Finanzbeigeordneter gewählt wird. Des Weiteren informiert er, dass er zum 01. November 2021 das Umweltamt dem Baudezernat zuordnen wird und hält diesen Schritt im Hinblick des Klimaschutzes für sinnvoll. Er erklärt, dass das Dezernat dann umbenannt werden soll in: „Dezernat für Umwelt und Stadtentwicklung“ und dies über die Hauptsatzung geändert werden muss.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Prof.Dr. Alexander Pott
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anlage 1 – Redebeitrag des Stadtrates Canehl, Fraktion GRÜNE/future! zum TOP 5.10
Anlage 2 – Anlage zur Unterschriftensammlung von Bürger*innen zur Reduzierung der
Lärmbelastung im Ortsteil „Zum Anker“

Anwesend:

Vorsitzende/r

Prof.Dr. Alexander Pott

Mitglieder des Gremiums

Anke Jäger

Tobias Baum

Matthias Borowiak

Matthias Boxhorn

Julia Brandt

Stephan Bublitz

Jürgen Canehl

Aila Fassl

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Christian Hausmann

René Hempel

Bernd Heynemann

Michael Hoffmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Hagen Kohl

Karsten Köpp

Ronny Kumpf

Urs Liebau

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Julia Mayer-Buch

Olaf Meister

Christian Mertens

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Kathrin Meyer-Pinger

Stefanie Middendorf

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Oliver Müller

Kathrin Natho

Stephan Papenbreer

Frank Pasemann

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Chris Scheunchen

Robby Schmidt

Evelin Schulz

Andreas Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Mirko Stage

Reinhard Stern

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper

Dr. Thomas Wiebe
Roland Zander
Dr. Niko Zenker
Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend - entschuldigt
Norman Belas
Julia Bohlander
Carola Schumann